

18
81

Union in Deutschland

Bonn, den 27. Mai 1981

Friede und Sicherheit sind unsere Ziele

Herr Bundeskanzler, wird werden Ihre Regierung daran messen, ob sie bei der Lösung der aktuellen Probleme der Bündnisräson entspricht und ob sie in den fundamentalen Fragen wieder den Weg zurückfindet zu Realitätssinn und Mut, dem Mut, der Nation und auch der eigenen Partei zu sagen, daß ohne Opfer, ohne Leistung und ohne Arbeit die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und die Freiheit von uns allen verloren werden.

Mit diesem Appell schloß Helmut Kohl seine Rede in der sicherheitspolitischen Debatte des Deutschen Bundestages am Dienstag (26. Mai 1981). Die Haltung der Union zur aktuellen Lage nach den Besuchen des Bundeskanzlers in Washington und Paris faßte der Fraktions- und Parteivorsitzende in folgenden sechs Punkten zusammen:

Wir sehen heute im Verhältnis USA – Bundesrepublik eine Reihe aktueller politischer Verständigungsschwierigkeiten, zu denen unser Volk eine Antwort erwartet. Dahinter stehen Gemeinsamkeiten des Denkens und der politischen Kultur, aus denen Sie, Herr Bundeskanzler, und Ihre Regie-

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ BUNDESTAG

Wortlaut-Auszüge aus der Rede
von Helmut Kohl Seite 2—6

■ KLOSE- RÜCKTRITT

Hamburg braucht eine neue
und bessere Politik Seite 3

■ FINANZEN

SPD/FDP-Koalition am Ende:
Mehr Steuern — weniger
Leistungen Seite 7

■ KOALITION

FDP-Präsidium: CDU-Senat
in Berlin nicht blockieren Seite 9

■ CDU/CSU

Beschlüsse der Fraktions-
vorsitzendenkonferenz
in Timmendorf Seite 11

■ MITTELSTAND

Selbständigkeit — Grundlage
der sozialen Marktwirtschaft /
Bericht vom Bundeskongreß
in Mainz Seite 13

■ DOKUMENTATION

Friede ohne Waffen? Alle
Landes- und Kreisverbände
zu Aktionen aufgerufen
grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

rung endlich Führung, Zusammenhang und Perspektive herleiten müssen. Zwischen strukturellen Bedingungen und aktuellen Problemen klafft eine Glaubwürdigkeitslücke.

Wir sehen mit wachsender Sorge um das Wohl und Wehe unserer Nation einen Bundeskanzler, der durchaus zur richtigen Diagnose imstande ist und auch zu einer mehrheitsfähigen Außenpolitik, aber dahinter seine eigene Partei, die an dieser Diagnose nicht mehr interessiert ist, aber vor allem entschlossen ist, die Therapie zu verhindern. Ihnen, Herr Bundeskanzler, fehlt der Mut, das zu verändern.

Lassen Sie mich einiges zu den Details der Gespräche in Washington sagen:

Erstens: Der Nachrüstungsbeschluß der NATO. Wir begrüßen es, daß in dem Kommuniqué der NATO-Frühjahrstagung in Brüssel und in der gemeinsamen Erklärung in Washington unmißverständlich darauf hingewiesen wurde, was den Weltfrieden, die Entspannung und die Sicherheit in Europa gefährdet: die sowjetische Aufrüstung, die sowjetische Besetzung Afghanistans, die sowjetische Bedrohung Polens, die sowjetische Auslösung und Ausnützung von Krisensituationen und Instabilität in der Dritten Welt.

Wir hätten es gewünscht, Herr Bundeskanzler, wenn Sie und die Mitglieder Ihrer Regierung in den letzten zehn Jahren nicht immer nur von Entspannung geredet hätten, sondern auch Ihrer eigenen Partei und Teilen der deutschen Öffentlichkeit mehr über diese Realitäten vermittelt hätten.

Es ist bemerkenswert, daß im Washingtoner Kommuniqué das Wort „Entspannung“ nicht mehr enthalten ist. Wenn

wir, Franz Josef Strauß und ich und andere, dies im Juli und August 1980 so gesagt hätten, wären wir „friedensschädigende Elemente der deutschen Politik“ gewesen. So ändern sich die Bilder.

Entsprechend den jetzt vorliegenden Dokumenten, Herr Bundeskanzler, werden wir Ihre Politik daran messen, daß Sie nicht nur in der Beurteilung der weltpolitischen Lage mit dem amerikanischen Präsidenten übereinstimmen — ich zitiere direkt aus dem Kommuniqué —, sondern auch in den sich daraus für das westliche Bündnis ergebenden Folgerungen: daß die USA und die Bundesrepublik Deutschland eine Schicksalsgemeinschaft bilden mit gemeinsamen Wertvorstellungen, daß die westliche Verteidigung gestärkt und daß Abschreckung und Verteidigung wie Rüstungskontrolle und Abrüstung integrale Bestandteile der Sicherheitspolitik des Bündnisses bleiben.

Diese Feststellung aus der gemeinsamen Erklärung von Washington — das ist wohl das Wesentlichste an Ihrer heutigen Regierungserklärung — findet sich so, Herr Bundeskanzler, in Ihrer Regierungserklärung heute nicht. Heute sprechen Sie wieder um nur davon, daß Rüstungskontrolle und Abrüstung integrale Bestandteile der Sicherheitspolitik sind. Kein Wort in der Regierungserklärung davon, daß Abschreckung und Verteidigung in gleicher Weise dazugehören.

Dieser elementare Unterschied zwischen Ihrer heutigen Erklärung und der gemeinsamen Erklärung aus Washington ist von größter Bedeutung, denn genau an diesem Punkt liegt der fundamentale Unterschied in der Politik zwischen Ihnen und uns. Und in Wahrheit auch zwischen der amerikanischen Regierung und der Ihrigen.

Hamburg braucht eine neue und bessere Politik

Zum Rücktritt von Bürgermeister Klose erklärte der Landesvorsitzende der Hamburger CDU, Jürgen Echternach, MdB:

Der Rücktritt von Bürgermeister Klose ist konsequent und verdient insofern Respekt, als er das Scheitern der von ihm und seiner Partei verfolgten Politik der letzten Jahre deutlich macht. Ich habe schon in der vergangenen Woche öffentlich darauf aufmerksam gemacht, daß Kloses jüngster Vorstoß gegen die Hamburgischen Elektrizitätswerke (HEW) nur als Mannöver verstanden werden konnte, um durch einen vorzeitigen Rücktritt einer Entscheidung der Wähler im nächsten Jahr über seine Politik zuvorzukommen.

Was die Hamburger von dieser Politik hielten, zeigten die jüngsten Meinungsumfragen übereinstimmend mit aller Deutlichkeit. Die jetzt zutage getretene Krise von Senat und SPD kann nicht mit dem bloßen Auswechseln einzelner Funktionsträger behoben werden. Hamburg braucht eine neue und bessere Politik. Die Grundlage dafür sollten die Hamburger Bürger selbst durch eine Neuwahl von Bürgerschaft und Senat schaffen. Ich appelliere deshalb an die SPD, den Weg zur Neuwahl der Hamburger Bürgerschaft freizugeben.

Zur notwendigen politischen Erneuerung im Hamburg gehören:

- ① Die Sanierung der zerrütteten Hamburger Staatsfinanzen durch eine konsequente Politik der Entstaatlichung und Entbürokratisierung.
- ② Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Betriebe durch ein Ja zur Kernkraft und weiteren Beteiligung an Brokdorf.
- ③ Die Abwehr linksradikaler Agitation an den Hamburger Schulen und keine weiteren Einstellungen kommunistischer Lehrer.
- ④ Die Bekämpfung der Verfilzung von SPD und Staatsmacht und Rückkehr zum Leistungsprinzip in der öffentlichen Verwaltung.

Wir sind nicht davon überzeugt, daß Sie, Herr Bundeskanzler, wegen Ihrer innerparteilichen Situation noch in der Lage sind, heute die notwendigen Maßnahmen für die Zukunft treffen zu können, denn sie haben in Wahrheit keine Mehrheit mehr für diese Politik. Ihre heutige Erklärung ist ein erneuter Beweis dafür.

Dies gilt auch für den nächsten Punkt der gemeinsamen Erklärung von Washington, in dem es heißt, daß beide Elemente des NATO-Beschlusses vom

Dezember 1979 durchgeführt werden und gleiches Gewicht haben, daß die Modernisierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen für die Sicherheit des Bündnisses und als Grundlage für gleichzeitige Verhandlungen wesentlich ist.

Wir nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, daß Sie, Herr Bundeskanzler, in Washington zu der Einsicht gekommen sind, die vor Ihrer Reise gegenüber den USA erhobene Forderung, die Verhandlungen mit der Sowjetunion möglichst

weit vorzuziehen, gegenüber dem amerikanischen Präsidenten nicht wiederholten. Dennoch befürchten wir, daß die gefundene Übereinstimmung in der Frage des Verhandlungsbeginns nur ein Formelkompromiß bleibt, weil die amerikanische Regierung mit Recht Verhandlungen erst dann als sinnvoll ansieht, wenn sie Substanz und Gegengewicht an den Verhandlungstisch bringen, während Sie bislang auf möglichst schnelle Verhandlungen drängten.

Beim gegenwärtigen Stand würde das bedeuten, daß die Verhandlungen über mehr als 220 sowjetische SS-20 mit mehr als 660 atomaren Sprengköpfen geführt werden würden, um die Sowjetunion zum Verzicht zu bewegen, zur Vernichtung ihrer Raketen, die schon durch ihre bloße Existenz zu einem politischen Faktor geworden sind.

Wer bei diesen amerikanisch-sowjetischen Gesprächen oder Verhandlungen auf rasche Ergebnisse hofft oder darauf, daß die Modernisierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Europa verzichtbar werde, der verkennet die sowjetische Politik und der mißachtet alle Erfahrungen der letzten Jahrzehnte. Ich begrüße es, daß Sie heute in Ihrer Regierungserklärung eigentlich mehr zur Geduld mahnten, und die Erfahrungen sind doch auch entsprechend.

Seit acht Jahren scheitern die Truppenabbauverhandlungen in Wien und die Abrüstungsverhandlungen in Genf an der sowjetischen Weigerung, die notwendigen militärischen Potentiale und Daten offenzulegen. Wer deshalb jetzt möglichst schnelle Verhandlungsergebnisse haben will, der begünstigt die Ergebnisse der friedensgefährdenden Politik Moskaus, weil er Hoffnungen und Erwartungen weckt, die sich rasch

als Illusionen erweisen, aber Wasser auf die Mühlen derer sind, die den Verteidigungswillen der freien Welt lähmen wollen.

Zweitens. Wir unterstützen die Festlegungen beider Regierungen in der gemeinsamen Erklärung, auf der laufenden KSZE-Folgekonferenz in Madrid ein Einvernehmen über ein ausgewogenes und substantielles Schlußdokument erzielen zu wollen — ich zitiere —, „das größere Achtung für die Menschenrechte, vermehrte menschliche Kontakte, freieren Informationsfluß sowie Zusammenarbeit zwischen allen Teilnehmern und Sicherheit für alle Teilnehmer einschließt“.

Dies gilt auch für die Festlegung, daß das Mandat für eine Konferenz über Abrüstung in Europa präzise sein müsse und daß es „die Anwendung militärisch bedeutsamer, verbindlicher und verifizierbarer vertrauenbildender Maßnahmen auf dem gesamten europäischen Kontinent vom Atlantik zum Ural vorsehen muß“. Doch auch hier gilt für uns: Die Worte hören wir wohl, wir wollen, daß ihnen auch die Taten Ihrer Politik folgen.

Drittens: Die USA verlangen von ihren Verbündeten Lastenverteilung, weltpolitische Arbeitsteilung. Es geht vor allem um den Nahen Osten, aber nicht nur allein darum. Im Nahen Osten hat die Bundesrepublik durch ihre Türkeihilfe bisher wesentlich zur Stabilisierungspolitik beigetragen, und jeder weiß, dies geschah mit voller Unterstützung auch der Opposition in diesem Haus. Aber ich glaube, das wird nicht genug sein.

Auf die Dauer wird es sich erweisen, daß die Amerikaner nicht bereit sind, die Hauptlast des militärischen Gegengewichts in der Golfregion zu tragen, die Europäer und die Deutschen

jedoch den Hauptnutzen davon haben. Hier wird es konstruktiver, maßgenauer Antworten bedürfen, um in künftigen Krisen handeln zu können. Insbesondere wird die amerikanische Politik, die Israel stützt, aber auch Ägypten und Saudi-Arabien dem Westen sichern will, vermehrte und stärkere Arbeitsteilung der Europäer verlangen.

Arbeitsteilung — das Wort geht jetzt hin und her — ist auch in anderen Bereichen der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und ihren Helfern erforderlich: Mittelamerika, der Nordbereich der NATO, südliches Afrika, um nur die allerwichtigsten Gebiete zu nennen. Das alles erfordert nicht nur wachsende Kosten, für die, wie wir wissen, die Mittel hierzulande längst verbraucht sind. Es verlangt auch jene klare Analyse und Führungsfähigkeit, an der es der Bundesregierung bisher offensichtlich fehlt.

Viertens: Das Gas- und Röhrengeschäft mit der Sowjetunion wird von den Repräsentanten der Bundesregierung als ein beinahe unpolitischer Handel hingestellt, der hierzulande Arbeitsplätze sichern soll und zugleich die Energieversorgung des eigenen Landes und der Nachbarn aufbessert. Mit dieser kurzfristigen Erklärungsweise, so sagt man uns, wären die Amerikaner einverstanden.

Aber gilt das auch für die langfristigen Folgen? Wir hoffen, daß die deutsche Politik, wir alle, es als eine Mahnung verstehen, wenn es in der Washingtoner Erklärung heißt — ich zitiere —, „daß die Verwundbarkeit des Westens gegenüber einem möglichen Lieferstopp, durch wen auch immer, verringert werden muß“.

Es ist unübersehbar, daß die Standfestigkeit der Bundesrepublik im westli-

chen Bündnis weiter leiden müßte, wenn über 30 % unserer Erdgasversorgung vom sowjetischen Wohlwollen abhängig wären, jederzeit unter technischen Vorwänden unterbrechungsfähig und auch in der Tat bei mangelnder technischer Kompetenz äußerst störungsanfällig wäre.

Fünftens. Es geht um die Sicherung der transatlantischen Verständigung gegen Protektionismus als Mittel nationaler Wirtschaftspolitik, gegen jene Haltung im internationalen Geschäft, die in St. Florian ihren Schutzheiligen hat: 'Verschon' mein Haus und zünd' andere an! Der Westen, wir alle also, sind mit unseren Freunden durch Austauschbeziehungen so tief verbunden, daß jede Politik, eigene Schwierigkeiten vor der Haustür des anderen abzuladen, gefährliche Folgen haben muß.

Das amerikanisch-japanische Selbstbeschränkungsabkommen bezüglich reduzierter Automobilverkäufe in den USA bedeutet doch in Wahrheit für den deutschen Produzenten nichts anderes, als daß nun dem Export nach Deutschland in Japan vermehrte Aufmerksamkeit zuteil wird.

Dieser Anfang — auch das gehört in diese Debatte — darf nicht Schule machen. Wir müssen diesen Anfängen nicht nur innerhalb des westlichen Bündnisses wehren, wir müssen auch selber wie unsere Freunde mit der Gesundung der Wirtschaft zu Hause anfangen.

Der neue amerikanische Präsident hat einen mutigen Anfang gesetzt, während Sie, Herr Bundeskanzler, und Ihre Regierung sich immer hoffnungsloser in eigener wirtschaftspolitischer Unfähigkeit und Schuldenpolitik verstricken.

Sechstens. Wir halten zur Dritten Welt, die ja keine Welt ist, sondern viele

Gruppierungen umfaßt, deren Interessengegensätze größer sind, als es im Verhältnis zum Westen der Fall ist. Hier sprechen die Europäer vom Nord-Süd-Dialog. Die Amerikaner sehen vor allem den Ost-West-Konflikt am Werke. In Mittelamerika kann diese Unvereinbarkeit der Perspektive schon in naher Zukunft zu Konflikten führen. Im Nahen Osten wird sich zeigen, daß die Amerikaner mit ihrem Einsatz in dieser Region unser Öl sichern und daß wir zu mehr aufgerufen sind als zu moralischer Mißbilligung und halbherziger verbaler Unterstützung.

Wo liegt denn der Rahmen einer künftigen Lastenverteilung? Die CDU/CSU hält zur Sicherung des Friedens in der Golfregion ein vom Westen unterstütztes Konzept für den Nahen Osten für dringlich geboten, ein Konzept, in dem die Bundesrepublik über das gegenwärtige Maß hinaus internationale Verantwortung übernehmen muß.

Wie diese aussehen kann, wird und muß mit den Verbündeten, vor allem mit den Vereinigten Staaten, diskutiert und ausgearbeitet werden. Mangel an Geld und Mangel an Verantwortungsbereitschaft reichen angesichts der Krisen der Welt als Gegenargument überhaupt nicht aus.

Die Atlantische Allianz, die westeuropäische Gemeinschaft — wer will das leugnen — habe ihre Probleme, ihre Krisen. Aber nur ein Narr kann das irdisch Unvollkommene ständig dem Maßstab des himmlisch Vollkommenen aussetzen.

Der amerikanische Schutz hat uns Westeuropäern und uns Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland drei Jahrzehnte der Prosperität gesichert. Dieser Schutz hat nach außen Sicherheit gegen die Bedrohung geschaffen

und es uns nach innen erlaubt, Wohlstand zu schaffen und soziale Netze zu knüpfen, von denen unsere Väter und Großväter in ihren kühnsten Träumen nichts wußten.

Vor allem hat das Bündnis mit den Amerikanern es den Überlebenden der europäischen Katastrophen erlaubt, Freiheit und Menschenwürde in die Tat umzusetzen.

Alle, die ihre Malaise an Wohlstand und Freiheit heute so genüßlich zu Markte tragen, sollten sich doch einmal ehrlich fragen, wer denn noch auf ihren Jammer hören würde, wäre Europa nach dem Krieg nicht Partner der USA geworden. Dies sind verwöhnte Kinder, die sich den Luxus erlauben, die Voraussetzungen zu ignorieren, unter denen sie so glücklich-unglücklich sein dürfen, unter denen auch der größte Mangel an realpolitischer Einsicht noch als kritische Utopie des Beifalls und auch bedeutenden Honorars sicher sein darf.

Die gegenwärtige weltpolitische Krise kann, indem sie die Bedingungen des Überlebens in Erinnerung ruft, vielleicht doch ein Ausgangspunkt einer heilsamen Erneuerung, einer schmerzhaften Überprüfung der Gegenwart und eines von Mut und Entschlossenheit bestimmten Aufbruchs in die Zukunft sein.

Unsere Kraft liegt eben nicht allein und nicht vor allem im Militärischen. Sie liegt in der Existenz des Menschen, dem Gott natürliche Rechte gab und die Fähigkeit zu hoffen, sich Ziele zu setzen und sich seiner Kräfte zu bedienen. Das sind die Grundlagen der freiheitlichen, der westlichen Allianz, die wir mit Mut, mit realpolitischem Augenmaß und Arbeit zu erneuern haben, um sie an die nächste Generation weiterzugeben.

■ FINANZEN

SPD/FDP-Koalition am Ende: Mehr Steuern - weniger Leistungen

Die SPD/FDP-Koalition präsentiert der Öffentlichkeit jetzt die Kosten ihrer verfehlten Finanz- und Wirtschaftspolitik. Die leeren Kassen haben von Brandt und Genscher das Eingeständnis erzwungen, daß ohne nachhaltige Eingriffe in die Leistungsgesetze an eine Konsolidierung der Finanzpolitik nicht mehr zu denken ist.

Zu den Gesprächen der Vorsitzenden von SPD und FDP, Brandt und Genscher, über die zukünftige Politik der Bonner Regierungs-Koalition erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Walther Leisler Kiep:

Es zeichnet sich bereits ab, daß das für 1982 zu erwartende Defizit in Höhe von 40 Milliarden DM von der Bundesregierung darüber hinaus zum Anlaß genommen werden wird, durch Steuererhöhungen den Zugriff des Staates auf die privaten Einkommen noch weiter zu verstärken. Die damit verbundenen Konsequenzen für die Höhe der privaten Sparquote und die Intensität zukünftiger Verteilungskämpfe werden ihre negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungslage nicht verfehlen.

Die FDP, die für die Haushaltskrise volle Mitverantwortung trägt, hat trotz blumiger Erklärungen ihrer haushalts- und wirtschaftspolitischen Experten bereits 1981 die Chance verpaßt, ihrer staats-

politischen Verantwortung gerecht zu werden und die SPD auf die Straße der finanzpolitischen Vernunft zu führen. 1982 wird sie erneut Gelegenheit erhalten, den Wahrheitsbeweis für eine verantwortungsbewußte Haushaltspolitik anzutreten. Die ordnungspolitische Standfestigkeit, die sie dazu aufbringen muß, wird sie jedoch bereits in der nächsten Zeit nachweisen können, wenn es darum geht, eine marktwirtschaftliche Wiederbelebung des Wohnungsbaus gegen die dirigistische Verklemmung der SPD durchzusetzen.

Es wird sich also schon sehr bald zeigen, inwieweit die FDP ihrer staatspolitischen Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl noch gerecht werden kann. Die Zeit der beschwichtigenden Leerformeln ist vorbei, die harten Tatsachen in der Finanzpolitik erfordern konkretes Handeln.

Vor einem sozialpolitischen Offenbarungseid

Zum 8,5-Milliarden-Defizit der Bundesanstalt für Arbeit stellt MdB Norbert Blüm, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest:

In den letzten Wochen haben Alarmmeldungen über die Gefährdung der deutschen Sicherheitspolitik und Auseinandersetzungen zwischen dem Finanzminister und dem Verteidigungsminister über die wachsende Deckungslücke im Verteidigungsetat die Schlagzeilen ge-

füllt. Darüber ist ein weiteres Finanzproblem etwas aus dem Blickfeld geraten, das sich mittelfristig als hochbrisanter haushalts- und sozialpolitischer Sprengstoff für die Koalition von SPD und FDP erweisen könnte:

Am 7. Mai 1981 hat der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit einen Nachtragshaushalt für 1981 beschlossen, der einen Anstieg ihres Defizits von bisher 3,373 Milliarden Mark auf nunmehr 8,5 Milliarden Mark ausweist. Nach Auflösung der letzten Rücklagen von 84 Millionen Mark wird die Arbeitsverwaltung in diesem Jahr voraussichtlich einen Zuschuß aus Haushaltsmitteln des Bundes in Höhe von rund 8,4 Milliarden Mark benötigen, damit sie die ihr gesetzlich übertragenen Aufgaben zumindest notdürftig erfüllen kann. Gegenwärtig hält sich die Bundesanstalt nur noch mit Betriebsmittelkrediten über Wasser.

Da die Zukunftsperspektiven des deutschen Arbeitsmarktes für das kommende Jahr düster sind — Experten rechnen mit einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl in 1982 von mindestens 1,2 Millionen —, gerät die Bundesregierung in einen unerbittlichen Zugzwang. Ein für 1982 drohendes Defizit von ähnlichem Ausmaß wie in diesem Jahr, kann nicht mehr durch weitere Kredite finanziert werden.

Spätestens im Herbst dieses Jahres muß ein sozialpolitischer Offenbarungseid geleistet werden, um einen noch schlimmeren finanz- und haushaltspolitischen Kollaps zu vermeiden. Die Bundesregierung hat nur die Wahl zwischen einschneidenden Leistungskürzungen im Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes einerseits und/oder drastischer Heraufsetzung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um min-

destens ein Prozent auf vier Prozent. Den Löwenanteil der bitteren Zeche wird wieder der Arbeitnehmer bezahlen müssen.

Die Gemeinden nicht unerträglich belasten

Vor einer SPD/FDP-Politik zu Lasten der Gemeinden warnt MdB Horst Waffenschmidt, Kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und stellt fest:

Nach Erklärungen der SPD/FDP-Koalition in Bonn sollen in dieser Wahlperiode weitere kostenträchtige Gesetze in Kraft treten, die den Gemeinden erhebliche zusätzliche Ausgaben bringen würden, zum Beispiel Staatshaftungsrecht, neues Jugendhilferecht und Verkehrslärmschutzgesetz.

Außerdem bringen die Gesetzesinitiativen der Bundesregierung im sogenannten Subventionsabbaugesetz erhebliche zusätzliche Belastungen für die Gemeinden, zum Beispiel bei der Streichung der Gasöl-Betriebsbeihilfe für den öffentlichen Personennahverkehr und bei der verstärkten Besteuerung der kommunalen Sparkassen.

Die jährlichen Belastungen für die Gemeinden aus allen diesen Gesetzesinitiativen der Koalition werden rund zwei Milliarden Mark betragen.

Die Kommunalpolitiker der Union lehnen es ab, durch Erhöhung kommunaler Steuern und Abgaben das Geld zu mobilisieren, das die Bundesregierung und die SPD/FDP-Koalition für die Ausführung der von ihnen geplanten Gesetze bereitstellen mußten.

Angesichts der schwierigen Finanzlage bei Bund, Ländern und Gemeinden sollten weitere ausgabenträchtige Gesetze nicht verabschiedet werden.

■ KOALITION

FDP-Präsidium: CDU-Senat in Berlin nicht blockieren

Das Präsidium der FDP kritisierte das Abstimmungsergebnis der Berliner FDP, eine Koalition mit der CDU und die Duldung eines unionsgeführten Berliner Senats abzulehnen. Es forderte die Berliner Freien Demokraten auf, einen „Beitrag zur Bildung eines Senats zu leisten, der der Tatsache Rechnung trägt, daß die Interessen der Stadt die Bildung eines von der CDU gestellten Senats erfordere“. Eine „Verweigerungskoalition“ mit der SPD und den Alternativen werde der Verantwortung für das Schicksal der Stadt nicht gerecht. Man müsse verhindern, daß Koalitionsaussagen vor einer Wahl zur Blockade des Parteiensystems führten. Die FDP habe ihre Funktion bisher auf ein Dreiparteiensystem bezogen. In Berlin sei durch die Vertretung der Alternativen im Abgeordnetenhaus eine neue Lage entstanden. Die FDP dürfe ihre Funktion für die Stabilisierung des Regierungssystems nicht aufgeben.

Anti-Börner-Kampagne in der SPD Hessen

Die hessische SPD erweist sich nach Ansicht der CDU bereits als regierungsunfähig. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Milde bezieht sich bei dieser Einschätzung auf verschiedene Unterbezirksparteitage der SPD in den vergangenen Tagen, bei denen der Politik des hessischen Ministerpräsidenten Börner (SPD) eindeutige Absagen erteilt worden waren. So auch der Beschluß des SPD-Unterbezirks Kassel-Stadt gegen

eine atomare Wiederaufbereitungsanlage und gegen einen Ausbau der Kernenergie in den nächsten Jahren. Nach dem Willen der Kasseler Sozialdemokraten — der Antrag wurde mit nur einer Handvoll Gegenstimmen verabschiedet — sollen die laufenden Genehmigungs- und Prüfungsverfahren für den Kernkraftwerksblock Biblis C und für die Wiederaufbereitungsanlage umgehend gestoppt werden — eine Forderung, die verwaltungsrechtlich nicht realisierbar ist.

Nachdem schon der Frankfurter Unterbezirk mit Zweidrittelmehrheit den Ausbau des Frankfurter Flughafens abgelehnt und damit den Beschluß der Landesregierung und der südhessischen SPD-Führung konterkariert hatte, schloß sich nun der Unterbezirk Groß-Gerau mit überwältigender Mehrheit den Initiativen zu einem Volksbegehren gegen den Bau der umstrittenen Startbahn West an. Die SPD dieses Kreises sieht im Volksbegehren mit anschließendem Volksentscheid „die möglicherweise letzte Aktion, die Startbahn West doch noch zu verhindern“.

Die Offenbacher SPD hat die Verärgerung über den Kurs Börners „am drastischsten“ geäußert: Sie hat den Rücktritt des Ministerpräsidenten gefordert. Die Offenbacher Sozialdemokraten hatten beschlossen, Börner solle „die Willensbildung seiner Partei endlich ernst nehmen und zur Grundlage seiner Politik machen oder umgehend vom Amt des Ministerpräsidenten zurücktreten“.

Baum deckt die Urheber des Krefelder Appells

Die Bundesregierung ist nicht zu der klaren öffentlichen Feststellung bereit, daß der „Krefelder Appell“ als Bewegung gegen die Stationierung von neu-

en atomaren Mittelstreckenwaffen von der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) und von der SED der DDR erfunden und in Gang gebracht worden ist.

Obwohl das Bundesamt für Verfassungsschutz eindeutige Beweise für die Urheberschaft der moskautreuen Kommunisten hat, spricht der Bundesinnenminister in einer Antwort auf eine Anfrage der CDU/CSU im Bundestag nur von „Beteiligung“ und „Mitwirkung“ von orthodoxen Kommunisten und ihrer Unterorganisationen.

Auf die Frage der Union, ob sich der „Krefelder Appell“ nicht nur gegen die westliche Raketenrüstung mit „Pershing II“ und „Cruise Missile“ richte, gibt die Regierung ebenfalls keine klare Antwort. Sie zitiert entschuldigend sogar die DKP-Zeitung „UZ“, in der es am 11. Dezember 1980 hieß: „Der Atomtod bedroht uns alle — keine neuen Atomraketen in Europa — beendet das Wettrennen in Ost und West.“

In der Antwort an die Union gibt sich die Bundesregierung den Anschein, als habe sie alle Möglichkeiten genutzt, den Bürger zu informieren, weil der „nicht ausreichend Gelegenheit hatte, sich über die kommunistische Urheber- und Nutznießerschaft der Aktion zu unterrichten“.

Parteibuchwirtschaft kostet den Steuerzahler Millionen

Es gibt, einem Bericht der „Welt“ zufolge, nunmehr über 160 politische Beamte der Bundesministerien im Range von Staatssekretären oder Ministerialdirektoren — im Auswärtigen Amt und bei den Geheimdiensten auch schon auf der Ministerialratsebene —, die sich seit Beginn der SPD/FDP-Koalition 1969 bei ihren Dienstherren mißliebig

gemacht haben und „wegen Störung des Vertrauensverhältnisses“ vorzeitig in den Ruhestand versetzt wurden. Rund 12 Millionen Mark jährlich kosten nach verlässlicher Schätzung den Steuerzahler jene „Ruhegelder“ und Pensionen für sehr rüstige, manchmal sogar jugendliche Herren, die ausdrücklich dafür bezahlt werden, daß sie nun nicht mehr arbeiten.

Die CDU/CSU-MdB Erich Riedl und Otto Regenspurger kritisieren: „Die Bundesregierung betreibt eine bedenkenlose Personal- und Parteipolitik bei der Besetzung der höchsten Beamtenposten. Sie hat es zwischenzeitlich erreicht, daß in einigen Bundesressorts der Leistungsnachweis durch Vorzeigen des richtigen Parteibuches erfolgt. Diese Praktiken kommen den Steuerzahler teuer zu stehen.“

Der SPD-Basis geht ein Licht auf

„Die Bundesregierung hat seit ihrer Wiederwahl im Oktober 1980 überwiegend Maßnahmen beschlossen, die gerade sozial schwächere Bevölkerungskreise belasten.“ Dies stellten geschlossen die Mitglieder des SPD-Ortsverbandes Grafenhausen (Kreis Waldshut) fest. Sie bleiben nicht bei ihrem verbalen Protest gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung, sondern wollen sich durch die Einsparung ihrer Parteibeiträge im nächsten Jahr auf Kosten der SPD schadlos halten. Anlaß für diesen Beitragsboykott sind, so der Ortsverein, vor allem die Mineralölsteuererhöhung ohne sofortigen steuerlichen Ausgleich für berufsbedingte Fahrten zum Arbeitsplatz mit dem Personenwagen, die Abschaffung der Sparprämien und die Senkung der Wohnungsbauprämien.

■ FRAKTIONSvorsitzendenkonferenz

Das geltende Recht uneingeschränkt anwenden

Beschlüsse der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom 13. bis 15. Mai 1981 in Timmendorfer Strand.

Herausforderung des Rechtsstaats

Die Herausforderung des Rechtsstaats durch gewalttätige Ausschreitungen und andere Rechtsbrüche zur Durchsetzung politischer Ziele hat ein bedrohliches Ausmaß angenommen.

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz fordert, daß das geltende Recht uneingeschränkt angewendet wird.

Insbesondere das Demonstrationsstrafrecht wird dadurch gefährdet, daß gewalttätige Täter es mißbrauchen. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz fordert deshalb folgende Änderungen des Versammlungsgesetzes und des Strafgesetzbuches:

① Strafbewährtes Verbot der sogenannten passiven Bewaffnung und der Maskierung bei Demonstrationen.

② Erweiterung des Tatbestandes des Landfriedensbruchs auf solche Personen, die sich einer ersichtlich gewalttätigen Menschenmenge anschließen oder sich nicht daraus entfernen.

③ Verschärfung des Tatbestandes des Widerstandes gegen Vollstreckungs- und Polizeibeamte.

④ Strafbarkeit der Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen Versammlung.

Ferner fordert die Fraktionsvorsitzendenkonferenz, daß die Polizei schnellstmöglich mit Einsatzmitteln ausgerüstet wird, die ihr auch aus der Distanz eine wirksame Abwehr von Angriffen aus einer größeren Menschenmenge heraus ermöglichen.

Konkurrenz der Bundesländer bei der Gewerbeförderung

Die CDU- und CSU-Fraktionsvorsitzenden stimmen darin überein, daß der Wettbewerb der Länder um Investitionen so geregelt werden sollte, daß sie nicht gegeneinander ausgespielt und zu unververtretbaren Förderbedingungen gedrängt werden können. Die Fraktionsvorsitzenden empfehlen den Landesregierungen, sich baldmöglichst über geeignete Schritte zur Vermeidung einer unerwünschten Förderkonkurrenz bei der Ansiedlung von Gewerbebetrieben zu verständigen.

Kilometerpauschale

Die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU befaßte sich eingehend mit den Auswirkungen der Mineralölsteuererhöhung. Sie fordert zur Entlastung für die bei den Arbeitnehmern und der Wirtschaft eingetretenen unzumutbaren finanziellen Belastungen folgende Maßnahmen:

① Erhöhung der Kilometerpauschale bei der Einkommensteuer und der Lohnsteuer.

② Erhöhung der Wegstreckenentschädigung bei der Benutzung privater Pkw für Dienstfahrten im öffentlichen Dienst.

③ Einführung des Plakettenverfahrens bei der Erhebung der Kfz-Steuer. Die Absicht der Bundesregierung, die Kfz-Steuer in die Mineralölsteuer einzubauen und diese nochmals entsprechend zu erhöhen, wird als unzumutbar zurückgewiesen.

④ Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere im ländlichen Raum, auch durch Veränderung der Finanzierungspraxis des Bundes. Die Rechtsvorschriften des Bundes, z. B. das Konzessionsrecht, sind daraufhin zu überprüfen, ob sie den heutigen Bedürfnissen noch entsprechen.

Darstellung Deutschlands in den Schulbüchern und Schulatlant

Die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz erwartet, daß alle Bundesländer, so auch die Länder Bremen und Hamburg, den einstimmigen Beschluß der Kultusministerkonferenz vom Februar 1981 zur Darstellung Deutschlands in den Schulbüchern und Schulatlant einhalten.

Neue Medien

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU/CSU ist übereinstimmend der Auffassung, daß die Einrichtung einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zu den neuen Informations- und Kommunikationstechniken in ihrer Aufgabenstellung verfassungsrechtlich bedenklich, verfassungspolitisch fragwürdig, praktisch überflüssig und wegen der Unaufschiebbarkeit der

Kabel-Pilot-Projekte auch aus zeitlichen Gründen unvertretbar ist.

Der Bund hat keine Kompetenzen, vor allem in rechtlichen, organisatorischen, strukturellen, kulturellen, gesellschaftspolitischen und finanziellen Fragen der Medien und in bezug auf ihre Anwendungsform.

Juristenausbildung

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der CDU/CSU beschäftigte sich auch mit der Vereinheitlichung der Juristenausbildung. Sie beschloß, eine Arbeitsgruppe zusammen mit dem Bundesarbeitskreis Christlich-demokratischer Juristen zu bilden, die u. a. folgende Thesen berücksichtigen soll:

① Anfang der 70er Jahre hatte es der Bundesgesetzgeber zugelassen, während einer sogenannten Experimentierphase neue Formen der Juristenausbildung zu erproben. Er hatte dafür eine Frist bis zum 15. September 1981 vorgesehen, die mit Zustimmung aller Länder bis zum 15. September 1984 verlängert worden ist. Daraus ergeben sich Regelungsbedürfnis und Zeitplan. Die Arbeiten an der Vereinheitlichung der Juristenausbildung sind so zu fördern, daß mit dem Abschluß des Gesetzgebungsverfahrens rechtzeitig vor dem Auslaufen der Experimentierphase gerechnet werden kann.

② Am Leitbild des Einheitsjuristen ist dabei festzuhalten. Auch weiterhin muß die Staatsprüfung den Nachweis enthalten, daß der Geprüfte zur Wahrnehmung von Juristenberufen befähigt ist. Die Juristenausbildung muß also dazu befähigen, unbeschadet einer etwaigen Einarbeitungsphase ohne zusätzliche Ausbildung alle für Juristen vorgesehenen Berufsaufgaben selbständig und eigenverantwortlich wahrzunehmen.

■ MITTELSTANDSKONGRESS

Selbständigkeit — Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft

Die Forderung nach größerer Selbständigkeit nicht nur in der Wirtschaft, sondern in der Gesellschaft schlechthin war eine der zentralen Forderungen des 26. Bundeskongresses der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU am 22./23. Mai 1981 in Mainz.

Im Mittelpunkt des Kongresses stand die einstimmige Verabschiedung eines Grundsatzprogrammes unter dem Motto „Mehr Selbständigkeit für alle“, in dem sich die Mittelständler der Unionsparteien für eine offensive Verteidigung der Sozialen Marktwirtschaft aussprechen. Dieses Programm soll nach den Worten des saarländischen Finanzministers und Bundesvorsitzenden, Gerhard Zeitel, mit dazu beitragen, die Werturteilsdiskussion neu zu beleben. Auch in der innerparteilichen Diskussion ist es nach Zeitels Worten gut, ein Stück ideologischen Unterbaues zu haben.

Das Programm lehnt sich in weiten Teilen an die Grundsatzprogramme von CDU und CSU an und fordert in seinem Kern mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortung. Es wurde nach zweieinhalbjähriger Vorarbeit von einer sachverständigen Kommission unter Federführung von Prof. Winfried Pinger, MdB, zum 26. Bundeskongreß fertiggestellt.

Mit besonderem Stolz konnten die Mittelständler in Mainz auf eine stetige Aufwärtsentwicklung der Vereinigung

hinweisen. Gerhard Zeitel stellte in seinem Rechenschaftsbericht fest, daß in den vergangenen zwölf Monaten die Zahl der Mitglieder (33 000) um ein Fünftel gesteigert werden konnte. In der Bundestagsfraktion stellen die Mittelständler mit 127 Bundestagsabgeordneten (das sind 54 Prozent der Gesamtfraktion) die stärkste Gruppe.

Der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand in der Bundestagsfraktion, der Krefelder Oberbürgermeister Hansheinz Hauser, MdB, wies darauf hin, daß die starke Position des Mittelstandes in der CDU/CSU dazu geführt habe, daß auch die Fraktionen von SPD und FDP der Mittelstandspolitik inzwischen einen höheren Stellenwert eingeräumt hätten, als das früher der Fall gewesen sei. So erfreulich diese Entwicklung aus der Sicht des Mittelstandes auch sei, „dürfen wir nicht damit aufhören, auf die verhängnisvolle Rolle der FDP als Mehrheitsbeschaffer für die Sozialisten hinzuweisen“.

Hauser machte auch einige Anmerkungen zur Wirtschaftspolitik und nannte hier besonders die Zahl von über 9 000 Konkursen im vergangenen Jahr, wodurch im mittelständischen Bereich über 22 500 Arbeitsplätze verlorengegangen seien. Zur aktuellen Situation in der Bundesrepublik erklärte Hauser, daß der Mittelstand mit großer Besorgnis beobachte, wie die Begriffe Rechtsstaat, Freiheit und Ordnung immer mehr ihren Wert verlören.

Es entstehe eine große Verbitterung besonders bei denen, die sich rechtstreu verhalten, ihre Steuern zahlen und dann feststellen müssen, wie andere, die lautstark und gewalttätig Gesetze mißachten, ohne anschließend zur Rechenschaft gezogen zu werden, noch durch beschleunigte Wohnungszuweisungen belohnt werden. Aufgabe des Staates sei es, die Interessen der Allgemeinheit wirkungsvoll durchzusetzen und die Freiheit des einzelnen auch vor geistiger Bevormundung und Bedrohung durch Krawallmacher zu schützen. Gefordert sei wenig Staat, dafür aber ein kraftvoller Staat.

Bernhard Vogel, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, nannte in seiner Begrüßungsansprache die Bedingungen, die der Mittelstand braucht, um sich wieder gesund entfalten zu können:

- Tüchtigkeit und Kreativität müssen sich wieder lohnen

- Leistung darf nicht länger bestraft oder diffamiert werden und

- Ideenvielfalt und Flexibilität müssen ihre Chancen erhalten

Jede übertriebene Ausweitung staatlichen Handelns bedrohe das System der Sozialen Marktwirtschaft.

Der Mittelstand betrachtet sich als Kerntuppe bei der Verteidigung der Sozialen Marktwirtschaft, sagte Gerhard Zeitel, der in Mainz mit 351 von 388 abgegebenen Stimmen zum dritten Mal als Bundesvorsitzender bestätigt wurde. Seine vier Stellvertreter wurden ebenfalls mit überzeugenden Mehrheiten bestätigt: Hansheinz Hauser (362 Stimmen), Richard Wengenmeier (357 Stimmen), Christian Schwarz-Schilling (348 Stimmen) und Hansjürgen Doss (337 Stimmen), der auch als Tagungspräsident fungierte.

Zeitel wie der Sprecher des Diskussionskreises Mittelstand der Bundes-

tagsfraktion, Hauser, sehen den Mittelstand als Hauptleidtragenden der gegenwärtigen Hochzinspolitik. Beide begrüßten aber die aus außenwirtschaftlicher Notwendigkeit geborene Haltung der Bundesbank. Sie forderten die Bundesregierung auf, bei den Mittelstandsdarlehen mit Zinserhöhungen soweit wie möglich Zurückhaltung zu üben.

Bei einem zurückgehenden Anteil des Eigenkapitals treffe die Zinserhöhung die kleinen und mittleren Betriebe besonders hart; die mittelständische Wirtschaft müsse die Zeche zahlen für eine verfehlte Politik, die in den vergangenen Jahren die Grundlage für das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht gelegt habe. Die Bundesregierung sei für die wesentlich verschlechterte Wettbewerbssituation der deutschen Wirtschaft auf den internationalen Märkten und damit für das Leistungsbilanzdefizit verantwortlich.

Zur weiteren praktischen Arbeit der Mittelstandsvereinigung kündigte Zeitel eine Überprüfung des sozialen Netzes auf Mißbräuche an. Dabei komme auch das Lohnfortzahlungsgesetz „auf den Prüfstand“. Angenommen wurden Initiativen zur Eingrenzung der Nebentätigkeiten von Angehörigen des öffentlichen Dienstes und einer Auflockerung des Monopols der Technischen Überwachungs-Vereine (TÜV). Einstimmig lehnte der Kongreß die Einführung eines generellen gesetzlichen Bildungsurlaubs und eine Umlegung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Benzinpreis ab.

In seinem Grußwort gab Generalsekretär Heiner Geißler der SPD die Schuld an wirtschaftlichen Mißständen in der Bundesrepublik. Die Sozialdemokraten hätten mit Hilfe der FDP die Soziale Marktwirtschaft „immer mehr außer Kraft“ gesetzt.

Zur Sache:

Wohnungsbau: Die CDU handelt

Die Wohnungsbaupolitik der letzten zwölf Jahre unter den sozialdemokratischen Wohnungsbauministern Lauritzen, Vogel, Ravens und Haack hat sich zum öffentlichen Ärgernis entwickelt:

- besorgniserregender Rückgang beim freifinanzierten Mietwohnungsbau,
- wachsende Fehlbelegung und steigende Mietverzerrung im sozialen Wohnungsbau,
- verfehlte Mietgesetzgebung, die zu leerstehenden Wohnungen führt und damit illegale Hausbesetzungen provoziert.

Die Wohnungsbaupolitik der SPD/FDP ist gescheitert. Eine Wende in der Wohnungsbaupolitik ist notwendig.

Die Union handelt:

Im März 1981: Beschluß des Bundesparteitags der CDU über die „Grundlagen für eine zeitgerechte Wohnungsbau- und Städtebaupolitik“.

Im Mai 1981 – nur zwei Monate später: Umfassende Wohnungsbaupolitische Gesetzesinitiative der CDU/CSU im Deutschen Bundestag und im Bundesrat.

Die Union sagt konkret, was sie will:

1. Verstärkte Eigentumsförderung, insbesondere für junge und kinderreiche Familien durch Verdoppelung der Abschreibungshöchstbeträge nach § 7b Einkommenssteuergesetz. Das bedeutet: Ehegatten ab einem Kind können die ihnen für zwei Häuser zustehenden Abschreibungshöchstbeträge auf ein Haus konzentrieren.
2. Auch Ausbauten oder Erweiterungen können nach § 7b abgeschrieben werden, wenn seit Anschaffung oder Fertigstellung des Gebäudes 8 Jahre vergangen sind.
3. Erhöhung des kinderbedingten Prämiensatzes bei der Wohnungsbauprämie um 1% je Kind.

4. Zur Belegung des freifinanzierten Mietwohnungsbaus Anhebung der degressiven Abschreibung von 3,5% auf 5% in den ersten 12 Jahren.

5. Ja zum Kündigungsschutz, aber Zulassung von Zeitmietverträgen bei familiärem Eigenbedarf des Vermieters oder bei Durchführung erheblicher Baumaßnahmen. So werden Anreize zur Vermietung von leerstehenden Wohnungen geschaffen.

6. Mehr Vertragsfreiheit im Mietwohnungsbau durch die Einräumung der Möglichkeit zur Vereinbarung von Staffelmieten bei Neuabschlüssen von Mietverträgen.

7. Erleichterung von Modernisierungsmaßnahmen durch eine Vereinheitlichung der Duldungspflichten. Dabei wird der Mieter vor Luxusmodernisierungen geschützt.

8. Abbau der Fehlsubventionierung durch schrittweise Angleichung der Sozialmieten an die Vergleichsmieten. Das Wohngeld schafft einen gerechten sozialen Ausgleich. Für alle Wohnungen der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen wird eine Belegungsbindung für einkommensschwache Personengruppen eingeführt.

Die von der SPD/FDP beabsichtigte Fehlbelegungsabgabe wird von der Union abgelehnt. Sie schafft nur zusätzliche Bürokratie und löst in keiner Weise die sozialen Ärgernisse, Mietverzerrung und Unterbelegung.

Die Union handelt. Sie hat das Rezept für eine erfolgreiche Wohnungsbaupolitik und zwar eine echte Alternative und keine Variante:

- mehr Wohnungen durch Soziale Marktwirtschaft,
- mehr Hilfe zur Selbsthilfe, u. a. durch verstärkte Eigentumsförderung,
- mehr soziale Treffsicherheit zugunsten einkommensschwacher Bevölkerungskreise.

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN 1
POSTFACH 24 49
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 6398 C
GEBÖHR BEZAHLT

■ ZITAT

Schmidts Rat nicht gefragt

Kein Zweifel, der Besuch Schmidts in Washington war wichtig. Und es gibt auch keinen Zweifel darüber, daß es sich um eine schwierige Mission handelte. Daß freilich die offiziellen Formulierungen das Ergebnis komplett beschrieben, davon auszugehen wäre naiv. Die Proklamation völliger Einigkeit gehört schließlich zum Ritual deutsch-amerikanischer Spitzenbegegnungen. Konflikte werden zugedeckt, wenigstens vorübergehend.

In der Frage der amerikanischen Hochzinspolitik gab es Vertröstungen auf später. Hinweise auf eine Lockerung und damit eine Linderung des Drucks auf die deutsche Währung wären erwünscht gewesen. Und auch aus der Erwartung, Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion könnten beschleunigt eingeleitet werden, um die Besorgnis in der Bevölkerung zu dämpfen, wurde nichts.

Somit gab die amerikanische Regierung eigentlich nicht mehr als die Bestätigung dessen, was sie bereits unterzeichnet hatte: eine Selbstverständlichkeit eigentlich eher denn großes Entgegenkommen.

Frankfurter Rundschau, 25. Mai 1981

Bundeskanzler Schmidt, der die Wirtschaftspolitik der Ford- und Carter-Administration durch gutes Zureden oder scharfe Kritik erheblich beeinflusste, kann in Washington nichts mehr bewegen. Das ist bei seinem letzten Besuch ganz deutlich geworden. Im Reagan-Team, das ohnehin jede Einmischung in das kühne, aber unerprobte Supply-Side-Konzept als ein Sakrileg ansieht, ist sein Rat nicht gefragt.

Die Welt, 25. Mai 1981

Obwohl im Rahmen der Gespräche ein ganzer Katalog weitreichender und ernster Probleme behandelt wurde, sind konkrete Ergebnisse dünn gesät und nur in feinen Nuancen zu finden. So fein, daß beide Regierungen sich größte Mühe gaben, sie in immer neue Pressekonferenzen und Briefings der Presse deutlich zu machen.

Handelsblatt, 25. Mai 1981

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postcheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UID